

Artikel vom 09.04.2018

ASP KV-Donau-Ries

Themenabend: Gefahren für unser Land und unsere Demokratie



Thomas Haldenwang, Vizepräsident des Bundesamt für Verfassungsschutz, mit seinem Vortrag zum Thema Innere Sicherheit

Harburg, 05. April 2018

Exzellente Informationsarbeit – aber manchmal auch blind

Verfassungsschützer Haldenwang zur Gefährdungslage bei der inneren Sicherheit

Die Todesfahrt von Münster war noch nicht geschehen und dennoch hieß die Warnung: es kann immer wieder etwas geschehen. Die Sicherheitslage in der Bundesrepublik bleibt gefährdet, aber wir haben sie zumeist unter Kontrolle.

Unter dieses Fazit kann man die Ausführungen stellen, mit denen der Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Thomas Haldenwang, in Harburg aufwartete. Beim Themenabend des CSU-Ortsverbandes, zusammen mit dem CSU-Regionalarbeitskreis Polizei und Innere Sicherheit Nordschwaben sowie dem CSU-Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreis Donau-Ries stellte Haldenwang die Arbeit seiner Behörde vor. Harburgs CSU-Vorsitzender Wolfgang Stolz konnte zum diesem Themenabend auch den stellvertretenden Landrat Reinhold Bittner, den

Landtagsabgeordneten Wolfgang Fackler und Bezirksrat Peter Schiele begrüßen.

Im voll besetzten Saal des „Eisbrunn“ kam es überdies zu einer lebhaften Diskussion mit Schwerpunkt auf den Bekämpfungsmöglichkeiten des Radikalismus.

Wichtigste Aufgabe seiner Behörde sei, so Haldenwang, das Sammeln von Informationen über alle Formen gefährlicher und extremistischer Bewegungen, Personen und Vereinigungen. Was den islamistischen Terror angehe, so meinte Haldenwang: „Es boomt auf allen Feldern!“ Sein Amt rechnet mit etwa 25 000 in Frage kommenden Personen, dazu wüchsen die Salafisten derzeit dynamisch. Von den nach Syrien gereisten Dschihadisten mit 980 Fällen sei etwa die Hälfte zurückgekehrt und unter Beobachtung.

Zugenommen habe das Tätigwerden von Frauen und von Jüngeren, teils Minderjährigen. Hervorstechend sei das Merkmal der radikalisierten Einzeltäter und der Kleingruppen – die großen Netzwerke träten kaum mehr in Erscheinung.

Wichtig, aber auch schwierig sei die Beobachtung der Propaganda und der immensen Kommunikation im Internet, wo es um rasche Verbreitung von Vorstellungen zu Anschlagzielen und Anschlagsmitteln gehe.

Als ebenso gewichtig bezeichnete Haldenwang die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. 2016 habe es einen Höchststand an Gewalttaten gegeben. 50% der Rechtsextremisten seien mehr oder weniger gewaltbereit: es gebe viele Personen mit Neigung zu Waffenbesitz und Waffengebrauch. Verstärkt müsse man die Tendenz zu Musikveranstaltungen mit rechtsextremer Tendenz beobachten. Haldenwang widmete sich auch dem Linksextremismus, der besonders bei den Ereignissen in Hamburg im Sommer seien hohe Gewaltbereitschaft gezeigt habe. Hohe Aufmerksamkeit seines Amtes gelte verstärkt auch der Gruppe der sogenannten „Reichsbürger“.

Was das aktive Handeln angehe, so habe der Informationsstand seiner Behörde nicht nur viele Verbote von vor allem rechtsextremistischen Vereinigungen ermöglicht, sondern auch erheblich zur Verhinderung von Anschlägen beigetragen. Kritisch sah er das Vorgehen der Ausländerbehörden bei dem Einsatz des Mittels der Abschiebungen.

Bei aller guten Qualität der Information und Überwachung blieben, so Haldenwang, Wünsche offen, um den Werkzeugkasten der Verfassungsschützer zu verbessern. Größtes Problem sei die Kommunikationsüberwachung – weithin arbeite man noch mit den Rechtsmitteln aus der guten alten Zeit des Wählscheibentelefon. Vor allem die Unerreichbarkeit ausländischer Kommunikationsunternehmen sei ein Problem. Man müsse Zugriff auf Verbindungsdaten und die Netzknotenüberwachung haben, weil es nur so möglich sei, den intensiven Nachrichtenaustausch der extremistischen Gruppen und Personen zu erfassen.